



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der AfD: Gemeinsame Erklärung 2018

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

- Es gilt das gesprochene Wort -

Düsseldorf, 25.04.2018

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Und täglich grüßt das Murmeltier. Wieder ein Antrag der selbsternannten Alternative zur Migrationspolitik. Ein wenig enttäuschen Sie mich aber schon: diesmal hat es nur für Copy and Paste gereicht. Eigene Ideen werden bei Ihnen Mangelware.

Dabei geht es um wichtige Fragen: den Schutz der europäischen Außengrenzen einerseits und den Schutz von Menschenleben andererseits. Als Lösungsvorschlag bieten Sie die so genannte ‚Gemeinsame Erklärung 2018‘ an. Die Herausforderungen der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik lassen sich aber sicher nicht in zwei Zeilen fassen.

Die Erklärung spricht davon, dass Deutschland durch - ich zitiere – „illegale Masseneinwanderung beschädigt wird.“ Wir sollen uns mit „denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird“ solidarisieren.

Wer sind denn diese friedlichen Demonstranten? Ihre Freunde von PEGIDA, die Galgen für Bundeskanzlerin Merkel und den damaligen Vizekanzler Gabriel hochhielten und Reporter der Deutschen Welle angegriffen haben? Oder meinen Sie die rund 5.700 ‚friedlichen‘ Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte in den Jahren 2016 und 2017?

Sie fordern einen Bund-Länder-Streit beim Bundesverfassungsgericht und beziehen sich dabei auf ein Rechtsgutachten von Udo di Fabio aus dem Januar 2016. Auch ohne dieses Gutachten juristisch zu bewerten, können wir feststellen, dass sich die politische Ausgangslage seitdem grundlegend geändert hat.

Die Balkanroute wurde im März 2016 faktisch geschlossen. Die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze wurden immer wieder verlängert. Eine von Ihnen postulierte unkontrollierte Massenzuwanderung entspricht doch nicht der aktuellen Realität.

In Ihrem Antrag behaupten Sie ferner, nur eine Minderheit habe Asyl oder Flüchtlingsschutz erhalten. Die Gruppe der Kriegsflüchtlinge, die nur subsidiären Schutz erhalten, ignorieren Sie einfach. Die Gesamtschutzquote in den Jahren 2015 bis 2017 lag bei 43 bis 62 %.

Kurz: Ihr Antrag stellt eine grobe Vereinfachung dar, bietet keinen einzigen Lösungsvorschlag, operiert mit fragwürdigen Zahlen und will eine politische Debatte juristisch austragen. Dem Antrag werden wir daher nicht zustimmen können.

Anrede,

als Freie Demokraten und auch als NRW-Koalition stellen wir uns den Herausforderungen der Migration. Wir wollen ein Einwanderungsgesetz, das klar unterscheidet zwischen politisch oder anders Verfolgten, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen sowie qualifizierter Einwanderung.

Über die Integrationsstrategie 2030 haben wir zu Beginn des heutigen Plenartags ausführlich debattiert, so dass ich bezüglich weiterer Maßnahmen der NRW-Koalition darauf verweisen möchte.

Anrede,

Einwanderung, Flucht und Integration sind komplexe Themenbereiche. Für deren Bewältigung braucht es etwas mehr als nur zwei Sätze.

Vielen Dank!